

# Dresdner Volkszeitung

Postkonto: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Seitenspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 12,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 35,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 25,00 M., Einzelnummer 60 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6-spaltige Nonpareilzeile 4,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 6-spaltige Kleinzeile 15,00 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefbelegung 60 Pf.

Nr. 30

Dresden, Sonnabend den 4. Februar 1922

33. Jahrg.

## Die Gewerkschaften gegen den Streik

Gestern nachmittags empfing der Reichskanzler die Spitzenverbände der drei Gewerkschaftsrichtungen, mit denen in Anwesenheit der beteiligten Reichstagsmitglieder eine eingehende Aussprache über die Streikfrage stattfand. Auf Grund dieser Aussprache haben die Spitzenverbände einen Aufruf zur Beendigung des Streiks erlassen. Im Hinblick auf diese Besprechung wurde im Verein von Vertretern der Gewerkschaften der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes empfangen, nachdem er dem Reichskanzler die ausdrückliche Erklärung abgegeben hatte, daß er den Streik ablehne und daß er das Vorgehen der Reichsgewerkschaft mißbillige. Der Reichskanzler sagte zu, daß die Erörterungen mit den Spitzenorganisationen über die grundsätzlichen Fragen der Beamtenbesoldung als bald fortgesetzt werden sollen.

Der Aufruf der Gewerkschaften zum Streikabbruch lautet:

### An die Beamten, Arbeiter u. Angestellten!

Unter völliger Nichtachtung der anerkannten gewerkschaftlichen Grundrechte hat die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und anderer anlässlich einer vom 1. Januar bis zum 31. März 1922 durchgeführten Streikaktion die Eisenbahnverwaltung durch Aufforderung zum Streik gezwungen, die Eisenbahnverwaltung zu schließen und die Eisenbahnarbeiter, Arbeiter und Angestellten unter den Folgen am schwersten zu leiden hat und die Besoldungsfrage der Beamten mit den zur Zeit stattfindenden Verhandlungen über die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten in keinem Zusammenhang steht, hat es die Reichsgewerkschaft abfällige Urteile über die Wünsche der übrigen betroffenen Gewerkschaften nach einem gemeinsamen Beschlusse nachkommen. Diese Reichsgewerkschaft, die sich Hilfe von Arbeitern und Angestellten sucht, hat auch die Hilfe der Eisenbahnarbeiter und Angestellten zu suchen.

Es ist unerträglich, wenn eine einzelne unzufriedene Gruppe in sich unorganisierter Weise mit dem Schicksal der gesamten Bevölkerung spielt.

Dieser Streik einer Beamtengruppe muß bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage auch bei nur kurzer Dauer die Lebensbedingungen der Bevölkerung, besonders in den Städten, auf verhängnisvolle Weise beeinflussen. Geradezu katastrophal aber wirkt dieser Streik jetzt drei Wochen vor der Auslieferung in Weimar an die Außenpolitik Deutschlands ein.

Die Verantwortung gegenüber den von ihnen vertretenen Arbeitern und Angestellten wie gegenüber dem gesamten Volk trägt deshalb den unterzeichneten Spitzenorganisationen aller Gewerkschaftsrichtungen die gebieterische Pflicht auf, alle im Streik befindlichen Eisenbahnarbeiter aufzufordern, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen.

Von der Reichsgewerkschaft wird erwartet, daß sie sich ebenso ihrer schweren Verantwortung bewußt wird und den Streik unverzüglich beendet. Die für diesen Streik verantwortlichen Reichsbahnbeamten erlassen Besoldung des Streiks sogleich ab. Die unterzeichneten Spitzenorganisationen haben bei ihren Verhandlungen mit der Reichsregierung von dem folgenden Stande der Besoldungsbedingung Kenntnis genommen:

Die Reichsregierung hat gemäß ihrer bei der Verabschiedung der letzten Besoldungsfragen gemachten Zusagen bereits am 25. Januar d. J. alle von Ausbruch des Streiks, die Frage der Bewältigung des wirtschaftlichen Zustandes in Ordnung an die den Arbeitern bewilligten Überzahlungsbeiträge mit dem 23. Ausbruch des Streiktag eingezahlt. Das Reichskabinett hat sich darauf den Gesetzentwurf, der die für die Gewährung der Wirtschaftlichkeitsbeiträge Mittel bereitstellen soll, genehmigt, sowie die erforderlichen Maßnahmen für eine schnelle Verabschiedung der Besoldung durch die gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und für eine möglichst baldige Ausführung der Zahlungen getroffen. Auch hat die Reichsregierung ihre Bereitwilligkeit erklärt, mit den Spitzenverbänden, die Beamte vertreten, in Verhandlungen über die weiteren grundsätzlichen Besoldungsfragen und sonstigen Wünsche der Beamten einzutreten. Die Reichsregierung erklärte ferner ausdrücklich, daß alle Wünsche um Besoldungsbeiträge durchaus unabweisbar sind. Damit ist die Berücksichtigung der berechtigten Beamtenforderungen und der Schutz des Koalitionsrechtes aller Arbeitnehmer gesichert. Wir erwarten von der organisierten Arbeiterschaft, daß sie sich ausschließlich an die Leistungen ihrer Spitzenorganisationen hält.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, gen. Leitpart. Deutscher Gewerkschaftsbund, gen. Leitpart. Gewerkschaftsbund deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände, gen. Leitpart. Schneider. Allgemeiner freier Angestelltenbund, gen. Aufhäuser, Säch.

Schon vor dem Ausbruch der Gewerkschaftsvertreter, den vorstehenden Aufruf zu erlassen, hatte der Vorwärts namens unserer Partei dringend zur Wiederaufnahme der Arbeit geraten. Er schied zur Streikfrage: Der Streik ist ein Stück aus dem Chaos und aus dem tragischen Konflikt, in das der Weltkrieg getrieben hat. Es ist zweierlei notwendig:

1. daß der Staat nicht als Besiegter in diesem Kampfe auf der Strecke liegen bleiben, und
  2. muß er für die Beamten tun was er bei seiner elenden Lage überhaupt noch für sie zu tun imstande ist.
- Jeber, der es mit dem Volk und den Beamten gut meint, muß zum sofortigen Abbruch des Streiks rufen. Dieser Streik ist ein Unheil. Sein Zusammen-

bruch nach längerer Dauer bedeutet eine wirtschaftliche Katastrophe, sein Sieg bedeutet den Ruin des Reiches. Er reißt auseinander, was zusammengehört. Die Sozialdemokratie rät daher zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Wir können im Interesse des Volksganzen nur dringend wünschen, daß der Aufruf der Spitzenverbände zum Streikabbruch von den ausständigen Eisenbahnbeamten gehört und beherzigt werden und daß die Reichsgewerkschaft, die sich in vollständiger Isolierung befindet, ihre Streikparole sofort zurückziehen möchte, damit die Lebensadern unseres Wirtschafts- und Volkslebens, die Verkehrswege, wieder fließen können. Ihre weitere Abhängigkeit wäre für unsere Wirtschaft gleichbedeutend mit dem Absterben und der Vernichtung.

Heber die durch die Verhandlungen der Regierung mit den Spitzenorganisationen geschaffene Lage unterziehen noch folgende Berliner Meldungen:

Die Berliner Lokal-Anzeiger Nr. 1, erklärten die Vertreter der Reichsgewerkschaft, ohne vorherige Garantien den Beschluß des Streikabbruchs nicht annehmen zu können. Die Entscheidung müßte dem Aktionsausschuss vorbehalten. Eine Verhandlung war bisher nicht zu erwarten, doch verlautet, daß die Verhandlungen am heutigen Sonnabend fortgesetzt werden sollen.

Nach der Besprechung mit den Spitzenverbänden trat die Reichsregierung zu einer Sitzung zusammen, um Stellung zu nehmen zu der durch den Eisenbahnstreik geschaffenen innerpolitischen Lage.

Die Haltung des gegenwärtigen Vorstandes der Reichsgewerkschaft hat, wie die Königlich Preussische aus geberichtsamtliche Quelle erfährt, die Folge gehabt, daß die süddeutschen Landesverwaltungen der Reichsgewerkschaft der Berliner Kontakte mitgeteilt haben, daß die einzelnen Landesgruppen endgültig aus der Reichsgewerkschaft auscheiden und den Beschlüssen des Hauptverbandes sowie des Aktionsausschusses nicht mehr Folge leisten.

Die Vertreter des Deutschen Beamtenbundes haben beim Reichskanzler nochmals Vorstellungen erhoben, um die sofortige Aufnahme von Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Forderungen des Beamtenbundes zu erreichen. Der Reichskanzler erklärte sich dazu bereit. Der Vertreter des Deutschen Beamtenbundes sagte zu, auf eine sofortige Vereinbarung des Streiks hinzuwirken.

Nach dem Vornach hat der Reichstagspräsident dem kommunistischen Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages wegen des Eisenbahnstreiks nicht stattgegeben, da der Reichstag ein Verbot der Reichstagspräsident, dem Wunsch der U.S.P. entsprechend, ihren Antrag auf sofortige Einberufung der Reichsregierung des Reichstagspräsidenten vom 1. Februar als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung setzte.

Nach einer andern Meldung des Vornach gilt der von den Deutschen Verkehrs- und organisierten Berliner Post- und Telegraphenarbeiter am Donnerstag abend gestrichelte Streikbeschluss als noch nicht offiziell. Am Freitag vormittag beschloß eine neue Funktionärerversammlung, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen. Die der Streikbeschluss von der Verhandlungskommission Berlin des Deutschen Verkehrsverbandes sanktioniert wird.

Im Gespräch mit Berliner Sozialorganisationen lehnte es der Hauptverband des Deutschen Eisenbahnverbandes in einer Erklärung ab, eine Streikparole für die Mitglieder des Verbandes auszugeben.

Der Vornach berichtet: Nach dem Deutschen Eisenbahnverband einlaufenden Meldungen sind Kuriers der Reichsgewerkschaft unterwegs, die in verschiedenen Orten das Gerücht verbreiten, die Reichsgewerkschaft habe sich inzwischen mit dem Deutschen Eisenbahnverbande geeinigt und führe den Kampf gemeinsam mit ihm. Dieses Gerücht beruht auf Unwahrscheinlichkeit.

Entgegen anderslautenden Meldungen kommunistischer Blätter ist die Reichswehr nirgends eingesetzt worden. Die Post- und Telegraphenarbeiter bei der Oberpostdirektion haben den Wählern zufolge beschlossen, in den Streik zu treten. Sie verlangen eine Teuerungszulage von 200 M. für die Stunde. Ein Teil der Arbeiter hat laut Post. Ztg. die Arbeitsstätten bereits verlassen.

### Die Erklärung des Berliner Polizeipräsidenten

Berlin, 4. Februar. In einer Besprechung zwischen der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Vorstand des Aktionsausschusses des Berliner Polizeipräsidenten gab Polizeipräsident Richter den Gewerkschaftsvertretern folgende Erklärung ab: Die Ausführungsbestimmungen des Polizeipräsidenten zu der Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Februar beziehen sich lediglich auf den Streik der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten. Eine Anwendung auf die Berliner Gewerkschaftskommission und den Vorstand des Aktionsausschusses angehörender Organisationen ist völlig ausgeschlossen und würde jeder Rechtsgrundlage entbehren.

Ferner berichtet die Berliner Freiheit: „Es wird von einer Stelle, die über Informationen in der Regel von höheren Beamten empfängt, mitgeteilt, daß die am Donnerstag verabschiedeten Führer der Reichsgewerkschaft in Berlin die Rechte wieder aufgeben muß geäußert worden sind. Ebenso müßte die Preisgabe der Beschlagnahmten Konten der Reichsgewerkschaft angedroht werden.“

### Die Überzahlungsbeiträge im Nachtragsetat

Berlin, 2. Februar. Vom Reichskabinett ist bereits vor einigen Tagen ein Nachtragsetat zum Haushaltsplan für 1921 verabschiedet worden, durch den die Mittel für die Bewilligung der Wirtschaftlichkeitsbeiträge in die Reichsbudget in Orten mit besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Anrechnung an die den Arbeitern bewilligten Teuerungszulagen bereitgestellt werden. Dieser Nachtragsetat ist den Landesregierungen schon ausgearbeitet und wird vornehmlich Mitte nächster Woche verabschiedet werden, so daß dann der Reichstag darüber beschließen kann.

### Wege zur wirtschaftlichen Rettung

Von Ministerialdirektor Geh. Rat Dr. Hedrich

Das umfangreiche Werk des Genossen Parvus, das Auskunft über diese Frage gibt, hat in allen Kreisen der Hochkultur große Beachtung gefunden. Es dürfte deshalb unsere Leser interessieren, was der neben dem Minister maßgebendste Mann im höchsten Finanzministerium über dieses Werk und über dieses Thema zu sagen hat. Der Artikel des Geh. Rat Hedrich bildet eine Abwandlung des Parvus'schen Buches und wird hoffentlich zur Folge haben, daß auch in unseren Kreisen recht viele nach dem Buche greifen.

Unter den vielen Vorschlägen, die in neuester Zeit von allen Seiten zur Sanierung unserer schwieriger werdenden Wirtschafts- und Finanzverhältnisse in Wort und Schrift erörtert worden sind, zeigt das kürzlich im Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin erschienene Werk von Parvus: „Der wirtschaftliche Rettungsweg“ jedenfalls einen interessanten Weg zur Abhilfe. Das deutsche Volk kann gemäß jedem nur dankbar sein, der sich kraft seiner Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und Zusammenhänge mit dem schwierigsten und fast unlösbar scheinenden Problem der Gegenwart, einen Ausweg aus unserer nahezu heillosen Lage zu zeigen, beschließt. Denn es ist klar, daß dieses Problem nicht von einem einzelnen gelöst werden kann, auf dem nur, wenn viele Versuche einen Baustein um den andern zusammentragen, der feste Grund gelegt werden kann, auf dem der wirtschaftliche Neuaufbau unseres Reiches erstehen soll.

So will auch mir es aufreißend erscheinen, daß es so wie bisher mit dem „fiskalischen Perpetuum mobile“ unseres derzeitigen Steuerwesens nicht weitergehen kann. Sehr charakteristisch schildert das Parvus, wenn er sagt:

„Die Steuern, einzelne ab Verbrauchssteuern oder Einkommen, werden durch Preissteigerungen abgemindert, was den Sinken der Valuta eine leichte Handhabe bietet“

und

„Nicht bevor die Steuern notiert werden, die man zur Bedeckung des Defizits in Aussicht nimmt, ist dieses Defizit infolge der Teuerung schon wieder auf das Mehrfache gestiegen. Was nun? Weitere Steuern mit ihrer unaussprechlichen Folge des Warenverfalls und der Geldentwertung?“

Ebenso aufreißend erscheinen mir die Ausführungen des Verfassers über unser Reichseisenbahnbudget und seine Sanierung (Notwendigkeit der Verrechnung der Betriebsmittel, andre Sanierung der dafür aufgewendeten Mittel) wie diejenige über die kritische Situation unserer Banken, und mit Recht sieht Parvus in den Unsummen von fiktiven Kapitalien, die den Geldmarkt überfüllen, das immer fluktuierende störende Element, das jede gesunde Entwicklung hindert und mit den neuen Geldmassen, die fortgesetzt auf den Geldmarkt geworfen werden, den eben begonnenen Sanierungsprozess immer von neuem zunichte macht. Wenn nun der Verfasser, um den Schwierigkeiten zu begegnen und einen Ausweg zu finden, den Vorschlag macht, durch eine Reduzierung unseres Münzsystems etwa in der Weise, daß für das 8-Gramm-Goldstück, das die Grundlage der deutschen Währung darstellt, ein dem gefunkten Markstück entsprechender Wert festgelegt wird, unsere Währung zu stabilisieren und dann im Zusammenhänge damit zum Zwecke der Inflation und Modernisierung unserer Staatsbetriebe, zur Unterstützung der Industrie, besonders zur Wiederaufnahme der Bauaktivität sowie zur Ergänzung für die Auslandszahlungen des Staates auf die nächsten zwei, drei Jahre und endlich zur Stärkung der Valuta einen Kredit in Höhe von 4 Milliarden zu beschaffen, so möchte ich mir hierzu folgendes zu bemerken gestatten:

Die ich schon vor Jahr und Tag in der Presse darauf hingewiesen habe, werden wir auch meines Erachtens nicht um eine Währungsreform mit dem Ziele der Stabilisierung unserer Währung, so schwerlich ein derartiger, ohne keine nicht durchführbarer Rettungsweg zu gehen sein wird, herumkommen. Aber ein solcher Ausweg ist solange allezeitdinge unmöglich, so lange jede derartige Rettungsaktion durch die Fortdauer der ganz unmöglichen Reparationsleistungen und der Passivität unserer Zahlungsbilanz jederzeit wieder in Frage gestellt oder über den Haufen geworfen werden kann. Wir würden hier nur ein Ziel ohne jeden zu läßt zu verfolgen. Solange das Damokles'schwert der Reparationsleistungen in der schweben oder auch nur in der in London und Cannes abgemilderten Gestalt über uns schwebt, ist nicht einmal an die uns nächstliegende und von unsren Feinden dringlichst gestellte Aufgabe der Balancierung unseres Staatshaushaltsetats zu denken. Alle die neuerlichen Maßnahmen, die wir unter dem Druck des Feindbundes zur Sanierung unserer Finanzen vornehmen — die Streichung der Lebensmittelmittel des Reiches aus dem Etat, die Steuererhöhungen aller Art, die Aufnahme einer Zwangsanleihe, die Erfüllung des Wiesbadener Abkommens durch Sachleistungen, die den inländischen Lieferanten rechtzeitig in deutscher Valuta zu bezahlen sind, usw. — werden, fürchte ich, eine in ungeborene weitere Inflation zur Folge haben, daß der tolle Wirbel Geldentwertung, Preissteigerung, Lohnrückgang, Geldentwertung sich fortsetzen wird — bis zum fürchterlichen Ende oder bis unsre Feinde zu der Erkennt-